

„Erfolg der Volksbewegung“

Prof. Dr. Wjatscheslaw Daschitschew gehört zu den Architekten der deutschen Wiedervereinigung. Der frühere außenpolitische Berater von Michail Gorbatschow im ZUERST!-Gespräch



Foto: dpa

Wjatscheslaw Iwanowitsch Daschitschew wurde am 9. Februar 1925 als Sohn eines Generals in Moskau geboren. Nach Kriegsende studierte er an der Moskauer Lomonossow-Universität Geschichte, Internationale Beziehungen und Germanistik. 1953 schloß er seine Studien mit der Promotion ab. Unter Chruschtschow war er aktiv an der Entstalinisierung beteiligt. Von 1973 bis 1990 leitete er die Abteilung für außenpolitische Probleme am Institut für internationale wirtschaftliche und politische Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften. Zu Beginn der Perestroika war er auch Professor der Diplomatischen Akademie des sowjetischen Außenministeriums. Er fungierte für Michail Gorbatschow als außenpolitischer Berater und galt als Wegbereiter der Ost-West-Entspannung und der deutschen Einheit.

Herr Prof. Daschitschew, in Deutschland feiert man in diesen Wochen 25 Jahre Mauerfall. Nun platzen die Kohl-Protokolle dazwischen. Angeblich habe der „Kanzler der Einheit“ gesagt, nicht etwa die Demonstranten in der DDR, sondern nur die marode Wirtschaft im sozialistischen Deutschland habe die Wiedervereinigung möglich gemacht. Wer hat denn nun wirklich die Mauer eingerissen?

Daschitschew: Die „marode Wirtschaft“ der DDR war nur einer der Faktoren, die die Wiedervereinigung Deutschlands möglich gemacht haben. Ab Mitte 1989 wuchs im Lande die Unzufriedenheit mit dem verknöcherten Regime Erich Honeckers, mit der Unterdrückung der freien Entfaltung, mit den Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und anderen Erscheinungen, die gegen die Menschlichkeit verstießen. Immer drängender wurde die ungelöste nationale Frage. Der DDR-Führung war es nicht gelungen, den DDR-Bürgern das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Nation auszutreiben. Das war eine unerfüllbare Absicht. Die drückende gesellschaftspolitische Atmosphäre erreichte einen kritischen Zustand, als den DDR-Bürgern klar wurde, daß das Honecker-Regime gegen die demokratischen Reformen war, die in der Sowjetunion durchgeführt wurden, daß es jegliche Reformversuche abwehrte und stalinistischen Vorstellungen verhaftet blieb. Seine dogmatische Erstarrung zu jener Zeit, als allein im Jahr 1989 380.000 DDR-Bürger über Ungarn und die Tschechoslowakei in den Westen flohen, als die Massendemonstrationen in Dresden, Leipzig und anderen großen Städten rasch in die Forderung nach der deutschen Einheit umschlugen, zeugte davon, daß die Masse der DDR-Bürger nach einem radikalen Wandel strebte und die DDR-Führung den Sinn für die Realität und jegliche Fühlungnahme mit dem Volk verloren hatte.

Wie reagierte die DDR-Führung?

Daschitschew: Diese setzte auf die konservativen politischen Kreise in der UdSSR und hoffte darauf, daß die deutsche Volksbewegung im äußersten Falle unterdrückt wird, wie das mit der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes 1953 der Fall war. Aber in den Jahren 1989/1990 davon auszugehen, war vollkommen falsch. Unter dem Druck der Massenproteste entbrannte im SED-Politbüro ein heftiger Machtkampf. Honecker war gezwungen, am 18. Oktober zurückzutreten. Zum neuen Generalsekretär wurde Egon Krenz ernannt. Am 26. Oktober hat er im Telefongespräch mit Helmut Kohl vorgeschlagen, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf eine neue Stufe zu heben. Aus meiner Sicht war das der Auftakt zur Öffnung der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten. Die entscheidende Rolle beim Sturz der Berliner Mauer am 9. November spielte also sehr wohl die Volksbewegung. Trotz der Tatsache, daß vielen im Westen wie auch im Osten klar war, daß sich im Zentrum Europas große Veränderungen anbahnten, schlug der Fall der Berliner Mauer wie der Blitz aus klarem Himmel ein.

Was ging Ihnen damals bei den Bildern von der Maueröffnung durch den Kopf?

Daschitschew: Für mich wurde es offensichtlich, daß die Entwicklung der „Deutschen Frage“ in die entscheidende Phase eingetreten war. Meine bisherigen Vorstellungen von einer allmählichen Überwindung der Spaltung Deutschlands auf der Grundlage der Konzeption „Annäherung durch Wandel“ erwiesen sich als völlig überholt. Nun wurde die Frage der Einheit Deutschlands vom deutschen Volk selbst entschieden und nicht mehr von der sowjetischen Politik oder anderen Mächten. Das Prinzip der Wahlfreiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, welches Gorbatschow für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern schon 1985 verkündet hatte, war nun einer ersten schweren Bewährungsprobe unterworfen. Wie wird sich Moskau in der neuen Situation verhalten? Wird es nicht, wie am 17. Juni 1953, zur gewaltsamen Unterdrückung der Volksbewegung greifen? Alle hielten den Atem an und beobachteten mit Besorgnis die weitere Entwicklung der Ereignisse rund um die beiden deutschen Staaten.

Wie lautete in jenen Tagen Ihre Analyse?

Daschitschew: Ich betrachtete die entstandene Situation als äußerst günstige Gelegenheit für das deutsche Volk, sei-

ne Einheit zu verwirklichen. Der sowjetischen Außenpolitik aber versprach dies die Möglichkeit, ihre vorrangige Aufgabe zu lösen: die Sowjetunion aus dem Zustand des Kalten Krieges mit dem Westen herauszuführen. In erster Linie hing es von der Haltung Gorbatschows ab, denn der Schlüssel zur deutschen Einheit lag in Moskau. Die sowjetische Politik war zwar auf die Lösung dieser Aufgabe vorbereitet, doch waren auf diesem Weg noch große Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden.

Beim Thema „Deutsche Einheit“ wird meist die sogenannte „Stalin-Note“ von 1952 ignoriert. Stalin machte damals das Angebot einer Vereinigung West- und Mitteleuropas. Bedingungen: Deutschland dürfe keinem militärischen Block angehören, alle alliierten Besatzungstruppen müssten abgezogen werden, und eine gesamtdeutsche Regierung müsse in die Verhandlungen über einen Friedensvertrag einbezogen werden. War dies eine verpasste Chance für Deutschland? Oder ein Versuch Stalins, ganz Deutschland in den Warschauer Pakt einzugliedern?

Daschitschew: Bis heute gehen die Meinungen vieler Historiker und Politiker

hinsichtlich der Motive hinter der Stalin-Note und der Haltung des Westens auseinander. Die Zeugnisse Molotows, Gromykos und anderer sowjetischer Politiker Stalinscher Schule besagen eindeutig, daß die Note ernstgemeint war und die sowjetische Regierung sich tatsächlich um die Wiederherstellung der deutschen Einheit bemüht hat. Entsprechende Versicherungen kann man in allen damaligen, von der kommunistischen Parteiführung zur Veröffentlichung zugelassenen Publikationen finden.

„Der Westen hat 1952 durch die Ablehnung der Stalin-Note die deutsche Einheit verhindert.“

Welche Absicht verfolgte Stalin mit dieser Note?

Daschitschew: Aus meiner Sicht waren für seine Handlungen vier Aspekte grundlegend: Er wollte erstens die Einbindung Westdeutschlands in das westliche Militärbündnis verhindern. Er glaubte zweitens, daß zwischen einem vereinigten neutralen Deutschland und den Westmächten unausweichlich „imperialistische Zwistigkeiten“ und Ge-

gensätze entstehen würden, welche die Sowjetunion für sich nutzen könnte. Im Hinblick auf das große innere Potential und die reiche historische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung hoffte er drittens, auf gesamtdeutscher Basis die revolutionäre Bewegung viel effektiver entfalten zu können. Viertens wollte er dem Nationalgefühl der Deutschen schmeicheln und sich im Gegensatz zu den USA und ihren Verbündeten als Befürworter der deutschen Einheit hervortun. Die Idee, daß ein souveränes, neutrales Deutschland ein schwer kalkulierbarer Akteur auf der politischen Weltbühne werden würde, war übrigens nicht nur Stalin eigen. Dies befürchteten auch die Westmächte und sogar selbst die Regierung Adenauer. Welche Ziele Stalin mit seinem Angebot an die Westmächte auch immer verfolgte, eines ist doch klar: In beiden Fällen – der Annahme oder Zurückweisung seiner Note – konnte er sich als Gewinner fühlen. Gelänge es nicht, die oben genannten vermeintlichen Vorteile für die sowjetische Politik zu erreichen, so konnte man immer noch die Schuld für die

Hans-Dietrich Genscher, Michail Gorbatschow und Helmut Kohl verhandeln über die deutsche Einheit.



Foto: dpa

Spaltung Deutschlands endgültig dem Westen in die Schuhe schieben. Jedenfalls lag dieser Note ein ausgeklügelter Plan zugrunde. Sein Hauptziel jedoch, die Bildung eines weltweiten antisowjetischen Bündnisses unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland zu

beschleunigte Sowjetisierung Osteuropas und die Atlantisierung – oder Amerikanisierung – Westeuropas. Im Laufe der folgenden Jahre mündeten diese in den Antagonismus zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt. Es entstand das europäische Sicherheitssystem, das

auf einem relativen Kräftegleichgewicht und der atomaren Abschreckung beruhte. Sie stellten eine sehr zweifelhafte Garantie für den Frieden und die Sicherheit dar. Die beiden deutschen Staaten wurden vollkommen in die von der UdSSR und den USA gelenkten, einander entgegengesetzten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen integriert. Die Wege ihrer historischen Entwicklung gingen auseinander. Sie wurden zum empfindlichsten Glied in der Konfrontationskette des Kalten Krieges. Als ein Produkt dieses Krieges wurde die „Deutsche Frage“ im Laufe der Zeit wiederum selbst eine starke Quelle der Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. In demselben Maße, wie die Spaltung Deutschlands zum Symbol der Teilung Europas wurde, so sehr war die Überwindung dieser Teilung Europas nicht denkbar ohne die Aufhebung der Spaltung Deutschlands. Die „deutsche Frage“ verwandelte sich in einen fest zugezogenen Knoten, in

dem die Gegensätze der Großmächte verwoben waren. Der Kalte Krieg erwies sich als eine unerträgliche Bürde für die Sowjetunion. Er drohte, den Staat zu ruinieren. Um das zu vermeiden, mußte man Auswege aus der Konfrontation mit allen Westmächten finden. Dafür war es notwendig, drei Aufgaben zu lösen: a) grundlegend das Wesen und die Prioritäten der sowjetischen Außenpolitik zu ändern, vor allem auf die messianische kommunistische Expansion und die daraus resultierende Dominanzpolitik zu verzichten, b) die „Deutsche Frage“ im Sinne der Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen, c) zur Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung und Zusammenarbeit aller Länder in Europa beizutragen. Im Großen und Ganzen wurden diese Aufgaben wäh-

rend der sowjetischen Perestroika in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gelöst. Das fand seinen Niederschlag in der erreichten Einheit Deutschlands, in der Einstellung des Kalten Krieges und in der Pariser Charta für das neue Europa, die von allen europäischen Ländern, den USA und Kanada am 21. November 1990 unterzeichnet wurde. Aber dieser glückliche Zustand in Europa dauerte nicht lange. Nach dem Untergang der Sowjetunion kam an die Stelle des sowjetischen Messianismus der amerikanische mit seiner globalen Dominanzpolitik, unfreundlich Rußland gegenüber eingestellt. Deutschland wurde in die amerikanische Allianz voll eingebunden.

Sie gehörten zu jenen Analysten, die schon lange vor dem Zusammenbruch der DDR vor der verhängnisvollen wirtschaftlichen Entwicklung dort warnten. War denn die DDR Ihrer Meinung nach Ende der 1980er Jahre reformfähig? Hätten Reformen die Lebenszeit des sozialistischen deutschen Staates verlängern können – und eine Wiedervereinigung so verhindert werden können?

Daschitschew: Die 1980er Jahre waren die „Sturm- und Drang-Periode“ in der Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik. Die Schlußfolgerungen, die aus den neuen Realitäten und aus dem praktischen Überdenken der bisherigen Erfahrungen gezogen wurden, haben im neuen außenpolitischen Denken ihren Niederschlag gefunden. Dies eröffnete uns bei der Lösung grundlegender politischer Probleme und bei der Überwindung von Gegensätzen in den Ost-West-Beziehungen, besonders in Europa und bei der Lösung der „Deutschen Frage“, bis dahin nie dagewesene Möglichkeiten. Die sowjetische Außenpolitik hat ihre konzeptionellen Grundlagen in der Praxis radikal geändert. Sie ist vom Erbe des Stalinismus mit seinem ultralinken Dogmatismus und ideologischen Kannibalismus abgerückt. In erster Linie müssen folgende Komponenten des neuen Denkens hervorgehoben werden: die Absage an den ideologischen Messianismus; die Absage an die Übertragung des Klassen- und ideologischen Kampfes auf die Sphäre der internationalen Beziehungen; das Eingeständnis, daß die These vom Kampf zweier Systeme als vorherrschende Tendenz der Weltentwicklung veraltet ist; die öffentliche Anerkennung des universellen Prinzips der Wahlfreiheit der Völker; ein neues Verhältnis zur Theorie der Konvergenz im Lichte der qualitativen Veränderungen in der sozialen Struktur der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft in der zwei-



Propagandaplakat für die Annahme der Stalin-Note 1952: War die Wiedervereinigung bereits damals greifbar?

Foto: DHM

vereiteln, konnte Stalin nicht erreichen. Aus meiner Sicht war die Stalin-Note mit einem Risiko für die SU verbunden. Im Falle ihrer Annahme konnte das vereinigte Deutschland ohne weiteres in das westliche Bündnis eingeschlossen werden, was dann nach 1990 tatsächlich geschah. Wir können aber sagen: Der Westen hat 1952 durch die Ablehnung der Note die Wiedervereinigung Deutschlands verhindert.

Welche Rolle spielte die „Deutsche Frage“ in der Sowjetunion in den 1980er Jahren?

Daschitschew: Die Zurückweisung der Stalin-Note durch den Westen läutete den Beginn einer neuen Etappe der weiteren Entwicklung der „Deutschen Frage“ ein. Ausschlaggebend wurden zwei Haupttendenzen der Europapolitik: Die

ten Hälfte des 20. Jahrhunderts; die Erkenntnis der wachsenden wechselseitigen Interdependenz der Länder in der modernen Welt usw. Kurz gesagt: Die linksextremistische Ausrichtung der sowjetischen Politik auf Feindseligkeit, Krieg und Konfrontation mit dem Westen ist den gesunden Ideen der Zusammenarbeit und Partnerschaft, aber auch des konstruktiven Wettbewerbs gewichen. Das Entstehen eines neuen geistig-konzeptionellen Fundus der sowjetischen Außenpolitik muß in engem Zusammenhang mit der Wiederherstellung von moralischen und ethischen Werten gesehen werden. Dieser konzeptionelle Wandel in der sowjetischen Außenpolitik wurde zur wichtigsten Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands. In meiner Tätigkeit als Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen an einem der Institute der Akademie der Wissenschaften, als Vorsitzender des Wissenschaftlich-Konsultativen Beirates des Außenministeriums und als außenpolitischer Berater der sowjetischen Führung stand die Lösung der „Deutschen Frage“ im Vordergrund. Ich war fest überzeugt, daß man alles Mögliche tun muß, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu verwirklichen. Die Reformfähigkeit der DDR und deren weiteres Bestehen hielt ich für nicht real. *Helmut Kohl und seine CDU – und fast das gesamte westdeutsche Establishment – glaubten bis zum Herbst 1989 nicht an eine Wiedervereinigung, wie zahlreiche Äußerungen zeigen. Wie waren Ihre Erfahrungen mit Bonn vor den Protesten in der DDR im Herbst 1989?* **Daschitschew:** Im Verkehr mit westdeutschen Politikern vor den Ereignissen im Herbst 1989 habe ich den Eindruck gewonnen, daß die meisten von ihnen an eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht glaubten. Ich erklärte mir das damit, daß sie sich auf die Meinung der Vertreter des politischen Establishments Englands, Frankreichs und der USA stützten. Außerdem hatten sie den Wandel in der sowjetischen Außenpolitik noch nicht wahrgenommen. *Welchen Eindruck hatten Sie während der Ereignisse vom Herbst 1989 speziell von Bundeskanzler Helmut Kohl?* **Daschitschew:** Für mich war es klar, daß Helmut Kohl in seiner Seele, wie die meisten Deutschen, nach der deutschen Einheit strebte. Aber mir schien es, daß er als Bundeskanzler vor den entscheidenden Ereignissen im Herbst 1989 die Einstellung der Westalliierten zur „Deutschen Frage“ – „zwei Deutschland sind besser als eines“ – berücksichtigen mußte und deshalb gezwungen

war, vorsichtig zu sein und seine Meinung darüber nicht kundzutun. *War die westdeutsche politische Führung Ihrer Ansicht nach auf den Zusammenbruch der DDR überhaupt ausreichend vorbereitet?* **Daschitschew:** Natürlich hatte die politische Führung der Bundesrepublik Deutschland kein Interesse an der Existenz der DDR, und es wurde alles unternommen, um ihren Fall von innen herbeizuführen. Aber der Sturz der Berliner Mauer kam für sie meiner Ansicht nach völlig überraschend. Bonn war darauf nicht vorbereitet.

„Aus meiner Sicht mußte man unter allen Umständen die deutsche Wiedervereinigung retten.“

Die sowjetische Führung stand einer deutschen Wiedervereinigung von Anfang an nicht ablehnend gegenüber – im Gegensatz zu den Franzosen und Briten (und Polen). Warum stand man in Moskau den Deutschen weniger skeptisch gegenüber als die ehemaligen Westalliierten?

Daschitschew: Dahinter standen nicht nur geopolitische, sondern auch geschichtsbedingte Gründe. Die Rußlanddeutschen beispielsweise spielten in der Entwicklung des russischen Staates, der Wirtschaft, der Kultur und Wissenschaft eine sehr positive Rolle. Es genügt hier die Kaiserin Katharina II. zu erwähnen, die als Deutsche Rußland erfolgreich führte. Und aus Deutschland selbst strömten nach Rußland viele positive Impulse. Man kann sagen, zwischen Russen und Deutschen begannen sich

gute gefühlsmäßige Sonderbeziehungen zu gestalten. Dieser glücklichen Entwicklung wurde durch zwei Weltkriege ein enormer Schaden zugefügt. Besonders durch die hitlersche Aggression gegen die Sowjetunion. Aber hier muß eine bewundernswerte Tatsache erwähnt werden. In der Periode vom Juni 1941 bis Februar 1942 wurden Dutzende von Rußlanddeutschen, die als Soldaten in der Sowjetarmee gegen die Naziaggression kämpften, mit der höchsten Auszeichnung – dem goldenen Stern des Helden der Sowjetunion – ausgezeichnet. Aber bald darauf wurde die Republik der Wolgadeutschen nach der verderblichen Anweisung Stalins rechts- und sinnwidrig aufgelöst. Aber trotz dieses Vorgehens von Stalin gegen einheimische Deutsche blieb ihr Ansehen beim russischen Volk hoch. Das Wohlwollen der Russen gegenüber den Deutschen spielte eine gewisse Rolle bei der Lösung des Problems der deutschen Einheit. Aber im Falle der Stalin-Note waren, wie ich oben darlegte, die geopolitischen Kalkulationen entscheidend. Und das war der Grund, warum die politischen Eliten in England, Frankreich und den USA Ende der 1980er Jahre so eifersüchtig und sorgenvoll die sowjetische Deutschlandpolitik betrachteten. *Der letzte russische Soldat hat Deutschland vertragsgemäß 1994 verlassen, aber bis heute befindet sich US-amerikanisches Militär in Deutschland. Weshalb hat Moskau 1989/90 nicht auf ein blockfreies, neutrales und von den Alliierten geräumtes Deutschland bestanden?* **Daschitschew:** In den „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ forderten die Westalli-

Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953: Damals schlugen die sowjetischen Truppen den Aufstand nieder.



9. November 1989 in Berlin: Die Deutschen tanzen vor Freude auf der Mauer.



ierten entschieden die Eingliederung des wiedervereinten Deutschlands in die NATO. Aber Moskau bestand auf einem blockfreien und neutralen Deutschland. Dieser Gegensatz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion wurde zum Haupthindernis auf dem Wege zur deutschen Einheit. Für die USA war die sowjetische Position absolut nicht annehmbar, denn für sie war es klar, daß die NATO – das wichtigste Instrument der amerikanischen Dominanz in Europa – ohne Deutschland nicht existieren kann. So gerieten die Verhandlungen in die Sackgasse. Dieser Zustand dauerte von Januar bis Mai 1990. Aus meiner Sicht mußte man unter allen Umständen die deutsche Wiedervereinigung retten.

Warum?

Daschitschew: Davon hing vor allem die für die Sowjetunion so notwendige Beendigung des Kalten Krieges, die Aufhebung der Teilung Europas und die Schaffung einer neuen friedlichen europäischen Ordnung ab. In meinen Memoranden an Gorbatschow und andere sowjetische Machttäger versuchte ich sie zu überzeugen, daß die Sowjetunion als Atommacht ihre Sicherheit auch im Falle der Eingliederung Deutschlands in die NATO gewährleisten kann. Im Mai wurde endlich mein Standpunkt angenommen. Der Weg zur deutschen Einheit war frei. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde am 21. November 1990 in der Hauptstadt Frankreichs die Pariser Charta für das neue Europa von 22 europäischen Ländern, den USA und Kanada unterschrieben. Sie verkündete feierlich: „Wir, die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sind in einer Zeit tiefgreifen-

den Wandels und historischer Erwartungen in Paris zusammengetreten. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, daß sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden. Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlußakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.“ In jenen Tagen jubelte ich. Endlich, dachte ich, hat die Vernunft gesiegt!

„Die Pariser Charta brach mit der amerikanischen Dominanz in Europa zusammen.“

Ihre Freude währte aber nicht lange...

Daschitschew: Bald trat eine schwere Enttäuschung ein. Die Pariser Charta brach mit der Politik der globalen Herrschaft der USA zusammen. Deswegen unternahm die amerikanische regierende Elite alles, daß die Charta von Paris von der europäischen Tagesordnung verschwand und verschwiegen wurde. Der unter solchen Schwierigkeiten erreichte Konsens aller Länder Europas wurde zerstört. Von den Grundsätzen der Charta blieb nichts übrig. Wo ist die Einheit Europas? Wo ist seine Abrüstung? Wo ist die gesamteuropäische Zusammenarbeit? Wo ist gleiche Sicherheit für alle Länder Europas? Die Völker wurden in ihren „jahrhundertelangen Hoffnungen und Erwartungen betrogen“.

Herr Prof. Daschitschew, vielen Dank für das Gespräch.